

Protokoll der Sitzung des  
Beirates Mitte am 2.11.2009

**Anwesend waren  
vom Beirat**

Michael Rüppel  
Barbara Schwarz  
Joachim Musch  
Sonja Heinrich  
Jürgen Bunschei  
Holger Ilgner  
Corinna Spanke  
Leander Mondré  
Viola Mull  
Alexander Tassis  
Monika Engelmann  
Es fehlten Jörg Windszus und Christoph Heigl

**vom Ortsamt**

Robert Bücking - Vorsitz  
Andrea Freudenberg - Protokoll

**Gäste:**

Herr Viering Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa  
Herr Fischer Wirtschaftsförderung Bremen

**Beginn:** 20.00 Uhr

**Ende:** 22.00 Uhr

**Tagesordnung**

1. Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Zukunft der Brillkreuzung und des Brilltunnels
3. Aktuelles
4. Mitteilungen
5. Verschiedenes - Entscheidung über die restlichen Beiratsmittel

**TOP 1**

Ein Anlieger aus der Hutfilterstraße spricht den vor kurzem erfolgten Verkehrsunfall an der Brillkreuzung an. Eine Frau wurde schwer verletzt beim Wechseln der Straßenbahn in der Hutfilterstraße/ Bgm.-Smidt-Straße.

Der Beirat vereinbart, das Problem der ÖPNV-Umsteigesituation im Bereich der Brillkreuzung mit Fachleuten vom Amt für Straßen und Verkehr separat zu beraten.

**TOP 2**

Zu Beginn der Beratung erläutert Herr Musch den im Vorfeld erarbeiteten Antragstext:

**Brillkreuzung umgestalten**

**Verkehrsprobleme im Stephaniviertel lösen**

**Das Stephaniviertel hat in den letzten Jahren eine positive Entwicklung genommen. Es wird wieder als citynahes, zentral gelegenes Viertel wahrgenommen, in dem öffentliche und private Dienstleister, Gastronomie und Tourismus, aber auch innerstädtisches Wohnen eine wichtige Rolle spielen.**

Besondere Anstrengung erfordern folgende Problemfelder, die in den letzten Monaten bereits mehrfach angesprochen und diskutiert wurden:

- I. Die Anbindung des Stephaniviertels an die City für Fuß- und Radverkehr.
- II. Nutzung und Umgestaltung der Brillkreuzung bzw. des Brilltunnels.
- III. Der Konflikt zwischen Wohnen, Verkehr und wirtschaftlicher Belebung im Stephaniviertel.

## I. Oberirdische Umgestaltung der Brillkreuzung

### 1. Sofortmaßnahmen:

- Die Ampelschaltung Am Brill wird für Fuß- und Radverkehr so verändert, dass ein gefahrloses und komfortables Queren der Kreuzung möglich wird.
- Die Überwegung in der Mitte der Brillkreuzung wird so verändert, dass Fußgänger und Radfahrer gefahrlos die Kreuzung queren können.
- Eine neue stufenfreie Querung für Fußgänger und Radfahrer wird in Höhe der Schlachte eingerichtet.
- 

### 2. Mittelfristige Maßnahmen

Durch die Verringerung der Fahrbahnbreiten und die entsprechenden Verbreiterungen der Fußwege, wird im Bereich der Brillkreuzung jeweils bis zur Weserbrücke bzw. bis zu den Wallanlagen (AOK-Kreuzung) eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Überwindung der Trennungswirkung dieser Kreuzung erreicht.

Aus dem gleichen Grund sollen die Abbiegespuren in der Martinstraße und in der Bgm.-Smidt-Straße aufgegeben werden.

### 3. Gestaltung des gesamten Platzes am Brill.

Mit einem längerfristig zu realisierenden Sanierungsvorschlag wird die Kreuzung Am Brill zu einem städtischen Platz umgestaltet, der die zurzeit unterbrochenen Wege zwischen Hutfilterstr./Oberstr., der Faulenstraße, der Langenstraße und den Bereichen zwischen Wall und Weserbrücke optisch, fußläufig und für den Fahrradverkehr neu ordnet.

## II. Die bisherige unterirdische Nutzung der Brillkreuzung durch den Tunnel als öffentliche Verkehrsfläche wird aufgegeben.

Der Vorteil einer Beendigung dieser Nutzung liegt darin, dass die Ein- und Ausgänge und die Bauten für die Lüftungsanlagen abgebaut werden können. Beide Maßnahmen ermöglichen eine bessere Gestaltung der Brillkreuzung im Charakter eines städtischen Platzes.

Der Beirat hat sich mehrfach für diese Lösung ausgesprochen (siehe z.B. Beiratsbeschluss vom 6.10.2008).

Den Vorschlag, den Tunnel an einen privaten Investor zu geben, um dort eine Diskothek einzurichten, beurteilt der Beirat skeptisch.

Der wirtschaftliche Nutzen für die Innenstadt ist bis heute noch nicht überzeugend dargelegt. Gleichzeitig ist leicht zu erkennen, dass diese Nutzung in Konflikt zu dem Ziel geraten kann, das Wohnen in der Innenstadt wieder zu stärken (Emissionen, Parksuchverkehr in den Nachtstunden).

Die Nutzung des Tunnels für eine Disko setzt eine große und risikoreiche Investition voraus und es gibt zahlreiche Schnittstellen zur öffentlichen Infrastruktur (Eingänge, Lüftungen, Belieferung usw.). Die öffentlichen Investitionen und Baumaßnahmen sind alle auf eine sehr langfristige Lösung angelegt, während die privaten Investitionen den Wechselfällen des wirtschaftlichen Erfolgs unterworfen sind. Es besteht die Gefahr, dass die Nutzung

des Tunnels eine klare Platzgestaltung verhindert und ein Scheitern des Projekts den derzeitigen verwahrlosten Zustand auf lange Zeit besiegelt.

Der Beirat wendet sich entschieden gegen jede Subvention des Investments aus öffentlichen Mitteln. Er wendet sich auch gegen die Übernahme von Kosten für die Herstellung der Räume / Eingänge etc. durch die Stadt.

### **III. Verbesserungen im Konflikt zwischen Wohnen, Verkehr und wirtschaftlicher Belebung im Stephaniviertel.**

Der Bauausschuss des Beirats Mitte hat eine Einbahnstraßenregelung diskutiert und beschlossen. Diese sollte umgehend umgesetzt werden, damit der Parkplatzsuchverkehr, insbesondere in den Nachtstunden, reduziert werden kann.

Die Verkehrsführung der Kreuzung Doventor bedarf einer frühzeitigen Beschilderung für Verkehrsteilnehmer, die von der B6 kommen und in das Stephaniviertel wollen, damit diese sich frühzeitig links einordnen und nicht durch die beiden vorhandenen Rechtsabbiegespuren entweder zurück auf die B6 oder in die Überseestadt geführt werden.

Die Ampelschaltung gegenüber der VHS ist zu überprüfen und zu verändern. Zurzeit schalten alle Ampeln auf rot, wenn die Straßenbahnen kommen. Damit sind auch die Fußgängerampeln auf rot geschaltet und die Fußgänger können nicht zur Straßenbahn gelangen.

Die Führung des Radwegs in der Faulenstr. von der Diepenau stadteinwärts ist inakzeptabel. Der Radverkehr wird dort unvermittelt vom Radweg auf die Fahrspur geleitet.

Der Beirat fordert die senatorischen Dienststellen auf, die Maßnahmen, die als Sofortmaßnahmen bezeichnet sind, auch umgehend umzusetzen.

Die Maßnahmen, die die Verkehrsberuhigung an der Brillkreuzung betreffen, sollten planerisch in Angriff genommen werden, und es sollten dem Beirat Vorschläge für eine mögliche Umsetzung für die weiteren Beratungen zur Verfügung gestellt werden.

Zur längerfristigen Umgestaltung der Brillkreuzung in einen städtischen Platz verweist der Beirat auf das Entwicklungskonzept Stephaniviertel und regt an, dass Vorschläge für eine langfristige Umgestaltung der Kreuzung in einen Platz durch einen Wettbewerb eingeholt werden.

#### Zum oberirdischen Bereich der Brillkreuzung:

Die Diskussion zum Thema Brill erfolge z.Zeit im Bauressort, teilt Herr Viering mit.

Zur Ampelschaltung gebe es konkrete Planungen: Anfang 2010 sollen deutliche Verbesserungen für die Fußgänger geschaffen werden. Fußgänger und Radfahrer sollen dann mehr Grünzeiten bei den Ampelphasen erhalten.

Es gebe eine Menge Unzufriedenheit mit der Situation. Die Verkehrsbeziehungen aller Kreuzungsnutzer müsse neu geordnet werden.

Die Vergabe eines Gutachterauftrages sei vorgesehen, um u.a. die unterschiedlichen Belange aller Verkehrsteilnehmer zu sichten und Vorschläge zu entwickeln.

Aber eine Umsetzung sei auch mit hohen Kosten verbunden.

Herr Musch bezieht sich auf das Verkehrsaufkommen im Brillkreuzungsbereich. Der politische Wille zeige, dass Planungen aufgegriffen werden. Der enge Dialog müsse mit dem Bauressort geführt werden.

### Zur unterirdischen Nutzung :

Das Entwidmungsverfahren soll Ende November abgeschlossen sein und dann ist der Tunnel keine öffentliche Verkehrsfläche mehr.

Anlässlich des Entwidmungsverfahrens hat die Fa. Kiefert Einwendungen gegen die beabsichtigte Entwidmung erhoben, weil nach Auffassung von Kiefert für den bisher im Brilltunnel befindlichen Bratwurststand kein akzeptabler oberirdischer Ersatzstandort in Aussicht gestellt werden konnte.

Es liegt eine Interessensbekundung für die Einrichtung eines Diskothekenbetriebes vor. Die Investoren arbeiten an einer konkreten Projektausgestaltung.

Ein erster Mietvertragsentwurf für die Tunnelnutzung sei fertig und gehe an den Investor, erklärt Herr Fischer. Zunächst müssten komplizierte rechtliche und technische Hürden genommen werden, die sich auch daraus ergäben, dass der Brilltunnel als unterirdischer Betrieb oberirdische Eingänge für Gäste und Lieferanten, Notausgänge und Lüftungsschächte benötige.

Herr Deerberg, Sprecher der Standortgemeinschaft Stephaniviertel, spricht die Situation rund um die Brillkreuzung an. Die Leute beschwerten sich schon heute über den Verkehr im Quartier. Auch im Hinblick auf den Lärm hole man sich mit einer Disko neue Probleme. Das gelte ebenfalls für die Eingänge zum Tunnel. Hier müsse eine schnellstmögliche Schließung erfolgen.

Herr Viering teilt mit, dass bei Einrichtung einer Disko drei Zugänge für Besucher und Anlieferung erhalten bleiben. Als wahrscheinlich gelten die Eingänge in der Hutfilterstraße, Martinistraße sowie am Brill.

Die Einrichtung einer Disko werde vom Bauressort unterstützt. Diskotheken gehörten zum innerstädtischen Leben.

Frau Hiller, SPD-Bürgerschaftsabgeordnete, hat grundsätzlich nichts gegen die Einrichtung einer Diskothek, dies müsse aber ohne öffentliche Förderung geschehen.

Ein Vertreter des Bettenhauses Wührmann äußert Bedenken, wenn der Tunnelzugang direkt vor seinem Geschäft bei Einrichtung einer Diskothek geöffnet bleibt.

Das Disko-Projekt stößt im Beirat auf große Skepsis. Die Beiratsmitglieder können sich nicht vorstellen, dass die unterirdische Disko ein Erfolg werde. Auch wisse man, dass Diskotheken viel Autoverkehr produzieren. Es gebe einen Konflikt mit der baulichen Gestaltung der Brillkreuzung, da die Lüftungsanlagen und einige Zugänge erhalten bleiben müssten. Die Gefahr bestehe, dass ein Scheitern des Projekts den derzeitigen verwahrlosten Zustand auf lange Zeit besiegele.

Der Beirat lehnt strikt die direkte oder indirekte Bezuschussung des Diskoprojektes mit Steuermitteln ab. Eine öffentliche Förderung aus Steuergeldern sei nicht vorstellbar.

### Zur Situation Stephaniviertel:

Im Bauausschuss wurde dazu ein Vorschlag zur Einbahnstraßenregelung erarbeitet, der zusammen mit dem Beiratsbeschluss an die zuständigen Behördenstellen gesandt werden soll.

Der gesamte vorliegende Antragstext wird vom Beirat einstimmig beschlossen.

**TOP 3 und 4** entfallen

### **TOP 5**

Beiratsmittel:

Der Beirat bewilligt € 590,00 für die Postkartenaktion „Ladenschluss“.

Die Aktion soll aber erst gestartet werden, wenn die Bitte an die Bürgermeisterin sich ihrerseits an den Vermieter zu wenden, erfolglos bleibt.

Die restlichen Beiratsmittel werden bei der Stiftung Weserterrassen für Kinder- und Jugendarbeit festgelegt.

Vorsitz:

Sprecher:

Protokoll:

Bücking

Rüppel

Freudenberg